

Kämpferische Töne zum Jubiläum

Präsident Daniel Knecht wehrte sich an der Generalversammlung der Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK) dezidiert gegen wirtschaftsfeindliche Initiativen und Regulierungen. Als Gastreferent äusserte sich Professor Michael Ambühl zum Verhältnis mit der EU und zu einer europakompatiblen Umsetzung der Zuwanderungs-Initiative. René Pfister

Rund 500 Vertreterinnen und Vertreter von Mitgliedfirmen sowie Gäste aus Politik und Wirtschaft kamen im Juni an die Generalversammlung der AIHK im Sportzentrum Tägerhard in Wettingen. Verbandspräsident Daniel Knecht konnte neben zahlreichen Vertretern von Behörden aus dem Kanton Aargau auch Prominenz wie FDP-Präsident Philipp Müller und Ständerätin Christine Eggerszegi begrüssen.

Schon 1600 Mitglieder

In seiner Rede konnte Daniel Knecht mit berechtigtem Stolz darauf hinweisen, dass die AIHK heuer bereits ihr 140-jähriges Bestehen feiert und nach wie vor auf Wachstumskurs ist: Die Zahl der Mitglieder ist im vergangenen Jahr nämlich erneut gewachsen – um 70 auf 1600. Damit repräsentiert der Verband rund 40 Prozent der Beschäftigten im Kanton. Heute sei die AIHK agil, innovativ und fit für die Zukunft, bekräftigte Knecht. Sie werde auch künftig als vertrauenswürdiger Ansprechpartner für Politik und Gesellschaft auftreten – im Dienst der Mitgliedfirmen. Erfreuliches hatte er auch zur Situation der Aargauer Unternehmen zu berichten, die einen grossen Teil ihrer Produkte exportieren und das laufende Jahr gemäss der neusten Umfrage der AIHK mehrheitlich optimistisch beurteilen.

Bitte kein Ballenberg!

Alles andere als erfreulich seien laut Knecht aber die andauernden Versuche, die Standortqualität mit wirtschaftsfeindlichen Initiativen zu beeinträchtigen. Gegen die grassierende Regulierungswut und den Gerechtigkeitswahn gelte es vehement anzukämpfen, machte Knecht klar. Dabei verwies er insbesondere auf die Ecopop-Initiative, die



Klare Worte: AIHK-Präsident Daniel Knecht.

abzulehnen sei: «Die Schweiz will doch nicht zum Ballenberg werden», meinte Knecht dazu. Nicht minder gefährlich und schädlich seien die Erbschaftssteuer-Initiative, die vor allem Familienfirmen und KMU gefährden würde, sowie die «Schlaraffenland-Initiative» zur Schaffung eines bedingungslosen Grundeinkommens.

Auf kantonaler Ebene kritisierte der AIHK-Präsident die Initiative für die Offenlegung der Politikfinanzierung: Diese sei schlecht für die Demokratie, weil sie mögliche Kandidaten davon abhalten würde, überhaupt noch für politische Ämter zu kandidieren. Mit Blick auf die Nationalratswahlen von 2015 betonte Knecht: Es sei wichtig, den zusätzlichen Sitz, der dem Aargau wegen des Bevölkerungswachstums zustehe, für das bürgerliche Lager zu gewinnen.

Ambühl: Umsetzung ist schwierig, aber machbar

Als Gastreferent trat im zweiten Teil des Netzwerkanlasses Professor Michael Ambühl auf. Der ehemalige Staatssekretär und Chefunterhändler der Schweiz

für die bilateralen Verträge (Bilaterale II), der heute an der ETH lehrt, griff das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU nach dem Ja zur Zuwanderungs-Initiative der SVP auf. Dabei betonte er die gegenseitigen und substantiellen wirtschaftlichen Interessen und skizzierte einen möglichen Weg zur Umsetzung der Initiative – ohne den bilateralen Weg zu gefährden.

Dabei machte Ambühl klar, dass die Schweiz das Interesse der EU am Erhalt der Personenfreizügigkeit ebenso berücksichtigen müsse wie ihre Anliegen zum Informationsaustausch respektive zur Unternehmensbesteuerung. Auf der andern Seite müsse die EU den Wunsch der Schweiz nach einer Beschränkung der Zuwanderung akzeptieren.

Laut Michael Ambühl ist es durchaus möglich, dass man für die erwähnten Dossiers eine Gesamtlösung findet, die eine europakompatible Umsetzung der Initiative ermöglicht. Das sei, bilanzierte Ambühl, sicher schwierig, aber machbar. Dies auch deshalb, weil es verschiedene Varianten gebe, um die Zuwanderung zu beschränken: Neben Kontingenten zum Beispiel auch das Mittel von Schutzklauseln oder eine Steuer für Leute, die aus dem Ausland kommen.

Michael Ambühl wies in diesem Zusammenhang noch auf die Alpen-Initiative hin, die letztlich auch nicht wortwörtlich, sondern in ihrem Sinn und Geist umgesetzt worden sei. Sie könne als Modell für eine Lösung dienen, die sowohl für die Schweiz als auch die EU akzeptabel wäre. ■